

CANER TEKIN

## »Graue Wölfe« in der Bundesrepublik Deutschland

Gemeinsame Reaktionen linker türkeistämmiger Migrant\*innenorganisationen und deutscher Gewerkschaften bis 1980

Mehrere von türkeistämmigen Arbeitsmigrant\*innen in der Bundesrepublik gegründete nationalistische Vereinigungen, oft als »Idealistenvereine« oder inoffiziell als »Graue Wölfe« bezeichnet, rückten in den 1970er-Jahren zunehmend in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und auf die Agenda migrantischer und gewerkschaftlicher Aktivist\*innen. Vor allem die zweite Hälfte des Jahrzehnts war geprägt von der Mobilisierungsphase bis zur Gründung der »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa« (»Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu«, ADÜTDF) 1978, der nationalistischen Agitation der »Grauen Wölfe« sowie zunehmenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen und linken Migrant\*innenvereinen, die ihren Kampf oft als Kampf gegen Kommunismus oder Faschismus bezeichneten. Die Gewerkschaften wiederum richteten ihre Aufmerksamkeit auf den Rechtsextremismus unter türkeistämmigen Arbeitsmigrant\*innen und schlossen sich gegen Ende des Jahrzehnts linken Migrant\*innenvereinen bei Protestaktionen an. Der vorliegende Beitrag zeichnet diese Auseinandersetzungen nach und diskutiert eine Reihe von Veranstaltungen der »Grauen Wölfe« sowie die Reaktionen linker Verbände und Gewerkschaften.

Die meisten der neueren Publikationen analysieren den aktuellen Stand der Bewegung der »Grauen Wölfe« und vergleichen die Bewegungen in der Türkei und in Deutschland<sup>1</sup>, während eine kleinere Anzahl von Publikationen die Geschichte der idealistischen Vereinigungen auf organisatorischer Ebene untersucht.<sup>2</sup> Trotz dieser Studien sind die frühe Mobilisierung der »Grauen Wölfe« und die Reaktionen der sozialistischen Migrant\*innenvereine und Gewerkschaften noch nicht ausreichend erforscht. Die hier betrachtete Zeit der Auseinandersetzungen zwischen nationali-

1 Lobna Jamal/Yaşar Aydin (Hrsg.), »Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland, Bonn 2022; Die Grauen Wölfe, Grundlagenbericht der Dokumentationsstelle Politischer Islam, Grundlagenpapier, 2021, Nr. 2; Thomas Rammerstorfer, Graue Wölfe. Türkische Rechts-extreme und ihr Einfluss in Deutschland und Österreich, Wien 2018; Emre Arslan, Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland, Wiesbaden 2009; Kemal Bozay, »...ich bin stolz, Türke zu sein!« Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach am Taunus 2005.

2 Alexander Konrad, Umdeutungen des Islams. Bundesdeutsche Wahrnehmungen von Muslim\*innen 1970–2000, Göttingen 2022, S. 232–243; Kemal Bozay, »Europäisches Türkentum« als Mobilisierungsfaktor. Erscheinungsformen und Aktivitäten des türkischen Ultranationalismus in Deutschland, in: Jamal/Aydin, »Graue Wölfe«, S. 84–106; Kemal Boza/Thomas Rammerstorfer/Thomas Schmidinger u. a., Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft, Grünbach 2012, S. 29–42; Fikret Aslan/Kemal Bozay (Hrsg.), Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland, Münster 2012 (zuerst 1997), S. 237–244; Arslan, Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum, S. 127–150. Benjamin Gourisse erwähnt auch manche wichtige Etappen der Mobilisierung der »Grauen Wölfe« in Deutschland, die er für seine Analyse des Falls in der Türkei heranzieht. Benjamin Gourisse, La violence politique en Turquie. L'État en jeu (1975–1980), Paris 2014.

stischen und linken Verbänden und Gewerkschaften wirft drei Fragen auf: Wie und in welchen Schritten entwickelten die »Grauen Wölfe« ihre Einzelverbände zu einem Dachverein in der Bundesrepublik sowie in Westeuropa? Welche Schritte unternahmen linke Migrant\*innenorganisationen, um den »Grauen Wölfen« entgegenzutreten, und inwieweit interagierten sie dabei mit Gewerkschaften? Wie kam der Aktivismus gegen die »Grauen Wölfe« auf die Tagesordnung der deutschen Gewerkschaften, insbesondere des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) und der IG Metall, und wie entwickelten sich die gewerkschaftlichen Aktionen gegen die »Grauen Wölfe«? Diese Fragen werden in drei Schritten behandelt. Zunächst wird die Mobilisierungsphase der sogenannten Idealistenvereine in den Blick genommen, darauf die Reaktionen der linken Migrant\*innenorganisationen, insbesondere zweier großer türkeistämmiger Dachverbände, sowie der Gewerkschaften untersucht und zuletzt die Bedeutung dieser Reaktionen für die Wissensproduktion über türkischen und deutschen Rechtsextremismus beleuchtet. Als Quellen werden Archivmaterialien von Migrant\*innenorganisationen und Gewerkschaften sowie Medienberichte über die wichtigsten Ereignisse und Vorfälle herangezogen. Die dem Zentralkomitee der »Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland« (»Federal Almanya Türkiye İşçi Dernekleri Federasyonu«, FIDEF) unterstellte Informationsabteilung bezeichnete ihre Zeitung »Kurtulus« (Befreiung) einmal als »mächtige Waffe« gegen die »türkischen Faschisten«. <sup>3</sup> Eigene Informations- und Mitteilungsblätter waren ein zentrales Medium, in dem die linken Migrant\*innenorganisationen ihre Reaktionen auf die rechtsextremen Vereine und deren Gewalt zum Ausdruck brachten und ihre Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften aus ihrer Sicht erklärten. Sie stellen somit die Primärdokumente der vorliegenden Analyse dar. <sup>4</sup> Darüber hinaus berichteten die Ausländerreferate des DGB und der IG Metall häufig über die Aktivitäten der Migrant\*innenorganisationen, sodass deren Mitteilungen wichtige Quellen für den Abgleich mit den Publikationen der Migrant\*innenorganisationen darstellen. Zudem repräsentierten diese beiden Abteilungen auch die offizielle und programmatische Haltung der Bundesvorstände der Gewerkschaften gegenüber Migrant\*innenorganisationen. Die Einbeziehung der Berichterstattung in deutsch- und türkischsprachigen Zeitungen ermöglicht zusätzlich die Kontextualisierung von Versammlungen, Demonstrationen und Konflikten.

Bis zur Gründung der ADÜTDF im Juni 1978 existierten kleinere Gruppierungen der »Grauen Wölfe« in Form von Kulturvereinen und türkischen Gemeinden, die sich als »Idealistenvereine« bezeichneten und meist inoffiziell von Funktionären und Gliederungen der rechtsextremen »Partei der Nationalistischen Bewegung« (»Milliyetçi Hareket Partisi«, MHP) aus der Türkei koordiniert wurden. Im Untersuchungszeitraum existierten drei linksorientierte türkeistämmige Migrant\*innen-

3 Kurtulus Mektubu, in: Kurtulus, 2.4.1980, Nr. 220, S. 4, Archive der Stiftung für Sozialgeschichtsforschung der Türkei (im Folgenden: TUSTAV-Archive).

4 Die Zeitungen der FIDEF: »Kurtulus« (Befreiung, Berlin 1968–1980) und »Federal Almanya Postasi« (Bundesdeutsche Post, 1977); die Zeitung der »Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa«: »İsci Gazetesi« (Arbeiterzeitung, Frankfurt am Main 1975–1977); die Zeitschrift der MHP: »Devlet« (Staat, 1969–1979) sowie Kongressdokumente und Mitteilungen der Dachverbände FIDEF, HDF und der Idealistenvereine.

dachverbände, die sich gegen die »Grauen Wölfe« engagierten. Die im Februar 1977 gegründete FIDEF war die größte linke Dachorganisation, deren Bundesführung einen an der Sowjetunion orientierten orthodoxen Kommunismus vertrat. Bis Anfang 1977 hatten die Vorläufer-Dachverbände der FIDEF, allen voran die »Föderation der türkischen Sozialisten in Europa« (»Avrupa Türk Toplumcular Federasyonu«, ATTF), die linke Bewegung unter den türkeistämmigen Arbeitsmigrant\*innen und den Kampf gegen die »Grauen Wölfe« dominiert. Die im Oktober 1977 gegründete »Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa« (»Sosyaldemokrat Halk Dernekleri Federasyonu«, HDF) vertrat eine sozialdemokratische Weltanschauung und war eng mit der »Republikanischen Volkspartei« der Türkei (»Cumhuriyet Halk Partisi«, CHP) verbunden. Während die FIDEF und die HDF stark gewerkschaftlich orientiert waren und im Kampf gegen die »Grauen Wölfe« die Zusammenarbeit mit den DGB-nahen Gewerkschaften bevorzugten, blieb eine dritte linke Mainstreamorganisation außen vor. Die »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in der BRD« vertrat seit ihrer Gründung 1976 ein maoistisches Klassenkampfverständnis. Aus ideologischer Distanz zu den DGB-Gewerkschaften beteiligten sich ihre Anhänger nur in begrenztem Umfang an Protesten mit anderen Verbänden; sie traten öffentlich vor allem durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit den »Grauen Wölfen« in Erscheinung. Im Folgenden werden daher vor allem die Interaktionen zwischen FIDEF, HDF und den DGB-Gewerkschaften in den Blick genommen, die sich im gemeinsamen Vorgehen gegen die Mobilisierung der Idealistenvereine dramatisch verstärkten.

## I. Die »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik Deutschland: Ihre Entstehung und Mobilisierungsschritte

Der Mobilisierungsprozess der Idealistenvereine in den 1970er-Jahren lässt sich zusammengefasst in vier Perioden darstellen: Die von Anhängern der MHP gegründeten Vereine, die in ihren Titeln das Türkentum und die türkische Kultur betonten, ermöglichten den Aufbau der Parteibasis in der Bundesrepublik bis 1973, als die Partei begann, Exekutivbüros im Ausland zu eröffnen. Zwischen 1973 und 1976 wurden die Vereine von der MHP-Europavertretung und -Parteifunktionären geleitet. Da die türkische Verfassung es politischen Parteien nicht erlaubte, Vertretungen im Ausland zu eröffnen, musste die MHP 1976 ihre Büros in der Bundesrepublik Deutschland schließen, insbesondere nach einer offiziellen Warnung des türkischen Verfassungsgerichts.<sup>5</sup> Bis 1978 leiteten MHP-Funktionäre die Vereine inoffiziell, um ihre Nähe zur MHP zu verschleiern. In dieser Zeit wurde ein Komitee von Parteikadern gebildet, das zur Gründung des Dachvereins der »Grauen Wölfe« führen sollte. Nach der Gründung der ADÜTDF im Juni 1978 hatten die »Grauen Wölfe« wieder ein gemeinsames Dach mit inoffiziellen Verbindungen zur MHP.

Die Geschichte der »Grauen Wölfe« in der Türkei reicht bis in die 1960er-Jahre zurück. Alparslan Türkeş übernahm die rechtsextreme und kemalistische »Republikanische Bauern- und Volkspartei« (»Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi«, CKMP)

<sup>5</sup> Anayasa Mahkemesi: MHP'nin dista örgütü olduğu anlaşıldı, in: Milliyet, 30.6.1976, S. 1.

auf ihrem Kongress 1965 und richtete die Partei ideologisch auf das Türkentum und den Islam aus.<sup>6</sup> Zu diesem Zweck wurde die Ideologie der Partei seit dem Parteitag 1967 auf die Neun-Lichter-Doktrin und das gleichnamige Buch von Alparslan Türkeş gestützt.<sup>7</sup> Auf dem Parteitag 1969 wurde die Partei in »Partei der Nationalistischen Bewegung« umbenannt. Angesichts der aufstrebenden Arbeiter\*innenbewegung und linksrevolutionärer Studentenaktivitäten gründete die Partei 1966 die ersten Idealistenvereine in der Parteijugend und an den Universitäten der Türkei, die ab 1968 offiziell als Jugendorganisation der Partei fungierten.<sup>8</sup> Die Hauptaufgabe der Idealistenvereine bestand darin, die Jugend vor dem Kommunismus zu schützen und ihr nationalistisches Bewusstsein zu stärken. In paramilitärischen Ausbildungslagern der CKMP/MHP wurden die Mitglieder der Idealistenvereine im Umgang mit Schusswaffen geschult und nannten sich »Kommando«. Im selben Jahr begann die Partei mit der Herausgabe ihrer offiziellen Zeitschrift »Devlet« (Staat), die in mehreren Ausgaben die Verwendung des Begriffs »Kommando« für die Parteijugend kritisierte, den die Parteijugend angeblich nicht übernahm, und stattdessen »Graue Wölfe« vorschlug.<sup>9</sup> 1972 begann die MHP-Verwaltung mit der Herausgabe der Zeitschrift »Bozkurt« (Grauer Wolf), die sich inhaltlich dem türkischen Nationalismus, der türkischen Welt und dem Kampf gegen den Kommunismus widmete.<sup>10</sup> In den folgenden Jahren breiteten sich die »Kommando«- oder »Graue-Wölfe«-Gruppen an Universitäten und in Städten aus und lieferten sich blutige Auseinandersetzungen mit sozialistischen Jugendlichen. Angesichts wachsender Kritik stellten der Parteichef Alparslan Türkeş und MHP-Funktionäre die »Grauen Wölfe« als Beschützer der türkischen Jugend vor den an den Universitäten agierenden »linken Anarchisten« dar und versuchten so, die Idealistenvereine zu legitimieren.<sup>11</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland traten die »Grauen Wölfe« parallel zur Konsolidierung ihrer Partei in der Türkei in Erscheinung. Der Bundesverfassungsschutz erwähnte die rechtsextremistischen Vereinigungen türkeistämmiger Arbeitsmigrant\*innen (ohne Bezug zur MHP) erstmals in seinem Bericht zu 1971 (sozialistische Gastarbeiter und Studenten wurden erstmals im Verfassungsschutzbericht für

6 Alev Çınar/Burak Arıkan, *The Nationalist Action Party: Representing the State, the Nation or the Nationalists?*, in: Barry Rubin/Metin Heker (Hrsg.), *Political Parties in Turkey*, Abingdon 2002, S. 25–40, hier: S. 27 f.

7 Ebd., S. 27; Gourisse, *La violence politique en Turquie*, S. 95 f. Vgl. Alparslan Türkeş, *Dokuz Işık ve Türkiye*, Istanbul 1965.

8 Gourisse, *La violence politique en Turquie*, S. 98.

9 Dündar Taser, *Milliyetçi Hareket ve Gençlik*, in: Devlet, 8.9.1969, Nr. 23, S. 12; Komando Geliyor, in: Devlet, 21.7.1969, Nr. 16, S. 4–9; hier wurde argumentiert: »Das Kommando ist kein Titel, den sich die nationalistische Jugend selbst gegeben hat. Er kam von außen. Wenn es nach ihnen ginge, würden sie lieber Bozkurt heißen«. Ebd., S. 4 (übersetzt aus dem Türkischen).

10 Osman Oktay, *Bozkurt Bir Yasında*, in: Bozkurt, 1973, Nr. 12, S. 2.

11 Sinan Nacak, *Tarihten Günümüze Olaylar*, in: Bozkurt, 1977, Nr. 72–73, S. 10; Rede von Alparslan Türkeş, 39. Hükümet Programının Görüşülmesi (1975), in: İrfan Neziroğlu/Tuncer Yılmaz, *Koalisyon Hükümetleri, Koalisyon Protokolleri, Hükümet Programları ve Genel Kurul Görüşmeleri*. Cilt II, Ankara 2015, S. 1068; vgl. auch die Kritik des Abgeordneten Necdet Ugur an Alparslan Türkeş wegen seiner Definition von »Kommando« und »Grauen Wölfen«, ebd., S. 1026.

die Jahre 1969–1970 erwähnt<sup>12</sup>), wonach Westberlin das Zentrum türkisch-nationalistischer Aktivitäten sei.<sup>13</sup> Die MHP und ihre Vereine wurden erstmals in den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1972 aufgenommen.<sup>14</sup> Dem Verfassungsschutz zufolge waren die »Grauen Wölfe« vor dem deutschen Anwerbestopp ausländischer Arbeitnehmer\*innen Ende 1973 inoffiziell in etwa 30 Städten aktiv und zählten bis zu 2.000 Mitglieder.<sup>15</sup> Nach jahrelanger Mobilisierung in Arbeiterwohnheimen und Kulturvereinen beantragte die Partei 1973 offiziell eine eigene Vertretung und gründete in Kempten ihre erste offizielle Geschäftsstelle.<sup>16</sup>

Bereits der MHP-Vorsitzende Alparslan Türkeş und sein Vorgänger Osman Bölükbaşı hatten bei ihren Besuchen in der Bundesrepublik Ende der 1960er-Jahre behauptet, Kommunist\*innen und christliche Missionar\*innen hätten sich in Fabriken und Arbeiterwohnheimen organisiert. Den Gewerkschaften, den türkischen Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt (»Türk Danış«) und der türkischsprachigen Redaktion des Westdeutschen Rundfunks in Köln warf Türkeş wiederholt vor, kommunistische Arbeiter\*innen zu rekrutieren oder Arbeiter\*innen kommunistisch zu indoktrinieren.<sup>17</sup> Zwischen 1975 und 1978 – in der Türkei regierten mit kurzer Unterbrechung Regierungen unter Ministerpräsident Süleyman Demirel, an denen die MHP beteiligt war und welche jeweils als »Kabinett der Nationalistischen Front« bezeichnet wurden – beschwerten sich die Funktionäre der MHP und der ebenfalls an der Regierung beteiligten proislamischen »Nationalen Heilspartei« (»Millî Selamet Partisi«, MSP) zu diesem Zweck häufig bei der deutschen Bundesregierung und dem DGB über das türkischsprachige Radioprogramm des WDR.<sup>18</sup> Ein zentrales Mobilisierungsargument der MHP in den 1970er-Jahren war die Betonung der »Notwendigkeit«, eine Front gegen die Kommunisten zu bilden.<sup>19</sup> Die offiziellen Presseorgane der Partei »Bozkurt« und »Devlet« begrüßten daher die MHP-Büros in Deutschland als eine Front der Arbeitsmigrant\*innen, die angeblich gegen die Propaganda des Kommunismus kämpfte.<sup>20</sup>

Ein wesentlicher Bestandteil der Propaganda der Idealistenvereine in ihrer frühen Mobilisierungsphase war, dass die deutschen Gewerkschaften türkeistämmige kommunistische Arbeiter\*innen beherbergen und kommunistische Propaganda gegen die politische und kulturelle Einheit der Türkei betreiben würden.<sup>21</sup> Die Vereine verteilten Flugblätter, laut denen die Gewerkschaften weiterhin türkeistämmige

12 Für die erstmaligen Verweise auf die »Europäische Föderation Türkischer Sozialisten« vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1969–1970, Bonn 1971, S. 60.

13 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1971, Bonn 1972, S. 107.

14 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1972, Bonn 1973, S. 147.

15 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1973, Bonn 1974, S. 136.

16 *Yağmur Atsız*, MHP'nin Almanya Dosyası, in: Cumhuriyet, 2.4.1976, S. 9.

17 Bölükbaşı: Komunizm, in: Milliyet, 6.4.1968, S. 9; Türkeş, İscilerle Görüşmek İçin Almanya'ya Gitti, in: Milliyet, 22.10.1972, S. 3; Schreiben von Alparslan Türkeş an Vetter, 28.4.1976, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), DGB-BV, 5/DGAZ-21; Almanya'da sevgi ve ilgi ile karşılanmam komünistleri kızdırdı, in: Devlet Gazetesi, 17.3.1975, Nr. 280, S. 13.

18 *Atsız*, MHP'nin Almanya Dosyası, S. 9.

19 Interview mit Alparslan Türkeş, in: Devlet, 17.3.1975, Nr. 280, S. 13.

20 İhmal Edilen İscilerimiz, in: Devlet, 1.3.1976, Nr. 330, S. 5; *Burhanettin Özbilici*, Safak Söküyor, in: Bozkurt, März 1975, Nr. 30, S. 9; vgl. die Rubriken von *Ahmet Rifat [Ahmet Nuri Yüksel]*, in: Devlet, 10.5.1976, Nr. 340, S. 10, sowie Devlet, 17.5.1976, Nr. 341, S. 10.

21 *Jürgen Roth/Kemal Taylan*, Die Türkei. Republik unter Wölfen, Bornheim 1981, S. 141.

und deutsche Kommunisten beherbergten, obwohl die Arbeitsmigrant\*innen sie mit ihren Mitgliedsbeiträgen immens finanzierten. Laut der Mitgliederzeitschrift der IG Metall, »Metall«, nutzten die Idealistenvereine den Anwerbestopp und die Wirtschaftskrise für ihre Propaganda, um die türkischen Mitglieder von den Gewerkschaften zu trennen, die sie im Wesentlichen als kommunistisch bezeichneten.<sup>22</sup> Wie Yilmaz Karahasan in der »Metall« berichtete, verbreiteten die nationalistischen Vereine entsprechende Publikationen, wie zum Beispiel ein Flugblatt des Türkischen Kulturvereins Saarbrücken, in dem es hieß:

»Obwohl wir, die türkischen Arbeiter, bis zum heutigen Tage an die IG Metall Millionen an Beiträgen gezahlt haben, erhielten wir in keinem einzigen Fall Hilfe. Während Tausende türkische Arbeiter wegen Krankheit aus den Betrieben entlassen werden, schließt man ihnen die Türen der Gewerkschaften vor der Nase zu. Daher müssen wir aus den gelben Gewerkschaften austreten. (Flugblatt vom Türkischen Kulturverein in Saarbrücken und Umgebung e. V.)«<sup>23</sup>

Die antigewerkschaftliche Agitation schlug sich vor allem in den süddeutschen Städten in den Betrieben nieder. Dort forderten die Nationalisten die Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen heraus und versuchten, die türkeistämmigen Arbeiter\*innen zu dominieren, was teilweise zu Gewalt und Einschüchterung führte. 1976 berichteten sechs linke Migrant\*innenvereine aus Frankfurt am Main, Rüsselsheim und Mannheim dem hessischen Innenminister von Auseinandersetzungen mit »Grauen Wölfen« in den Betrieben, die gegen andere Türkeistämmige gerichtet waren, und baten um Schutz.<sup>24</sup> Als die Spannungen im Laufe der Jahre zunahmen, berichteten die linken Dachverbände der türkeistämmigen Arbeiter\*innen und die IG Metall in ihren Publikationen regelmäßig über die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den »Grauen Wölfen« und den Gewerkschafter\*innen.<sup>25</sup> Die DGB-Abteilung »Ausländische Arbeitnehmer« wollte diesen in der Presse vermehrt berichteten Vorfällen nachgehen und fragte bei den DGB-Landesbezirken nach, ob sie selbst solche Vorfälle erlebt hätten.<sup>26</sup> Während fast alle Landesbezirke angaben, keine konkreten Beschwerden erhalten zu haben, berichtete der DGB-Landesbezirk Bayern von einer Morddrohung eines gewerkschaftlich organisierten Nationalisten an eine türkeistämmige Sozialarbeiterin.<sup>27</sup>

22 Die neue Parole für die türkischen Faschisten in der Bundesrepublik, in: Metall, 1975, Nr. 18, S. 2–3; *Atsız*, MHP'nin Almanya Dosyası, S. 4.

23 *Yılmaz Karahasan*, Terror gegen Türken, in: Metall, 29.6.1976, Nr. 13, S. 15.

24 *Albert Bechtold*, Auseinandersetzungen zwischen Türken, in: Wiesbadener Kurier, 26.6.1976, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272.

25 Pressekonferenz der FIDEF in Bonn, Tulpenfeld, 9.2.1979, Archiv im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets (AHGR), IGBE-Archiv 1069 A; *Jürgen Roth*, Die »Grauen Wölfe« und ihr »heiliger Krieg«, in: Metall, 23.1.1980, Nr. 2, S. 10.

26 Schreiben von Karl-Heinz Goebels, Bedrohung von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären durch türkische Rechtsextremisten, 11.7.1980, AA.Goe/Suz, mit dem Anhang: »Graue Wölfe« drohen jetzt mit Mord an Gewerkschaftern«, WAZ, 4.6.1980, AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAZ000642.

27 Schreiben von Hans Maier an Karl-Heinz Goebels, Rechtsextremistische türkische Organisationen, 7.8.1980, AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAZ000642.

Idealistenvereine versuchten darüber hinaus, Demonstrationen in einigen deutschen Großstädten gegen die Gewerkschaften und ihre angeblich kommunistischen Mitglieder zu organisieren, und arbeiteten dabei mitunter mit religiösen Vereinigungen zusammen. Die »Kabinette der Nationalistischen Front« nahmen zwischen März 1975 und Juni 1977 sowie zwischen Juli 1977 und Januar 1978 wichtige Ernennungen in den Konsulaten ihrer Parteikader vor. Sie nutzten ihre neuen Regierungsposten, um ihren Einfluss unter den im Ausland lebenden Türkeistämmigen auszuweiten, indem sie Konsularbeamte, Sozial- und Arbeitsattachés, Lehrer und Religionsbeamte aus ihren Reihen ins Ausland entsandten.<sup>28</sup> Laut der Tageszeitung »Milliyet« und dem SPIEGEL wurde 1976 der Großteil des Sicherheitspersonals in den türkischen Konsulaten von der MHP und der MSP rekrutiert, woraufhin der SPD-Abgeordnete Kurt Wüster im selben Jahr eine Anfrage im Bundestag stellte.<sup>29</sup> Dem Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main zufolge arbeitete das Konsulatspersonal mit konservativen Migrant\*innenorganisationen zusammen, um sozialistische Selbstorganisationen und türkeistämmige Gewerkschafter\*innen zu bekämpfen.<sup>30</sup> So entstanden zwischen Anfang 1975 und Mitte 1978 günstige Rahmenbedingungen für gemeinsame Demonstrationen der diplomatischen Vertretungen, der »Grauen Wölfe« und der religiösen Dachorganisation »Türkische Union in Europa«. Beispielsweise organisierten mehrere der MHP und MSP nahestehende Organisationen unter dem Namen »Erhebungskomitee« 1975 in Westberlin einen Aufmarsch mit dem Titel »Leugnung des Kommunismus«.<sup>31</sup> Auch in Frankfurt am Main versuchten die Vereine im selben Jahr auf Initiative des türkischen Konsulats, einen weiteren Aufmarsch zu organisieren, offenbar ohne Erfolg.<sup>32</sup> In Köln veranstalteten die Jugendorganisation der »Türkischen Union in Europa« und die »Grauen Wölfe« 1978 gemeinsam Protestkundgebungen gegen die Gewerkschaften und den WDR und dessen angeblich »kommunistische« Funktionäre aus der Türkei.<sup>33</sup>

28 Kritik von dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall Hans Frank an den Generalkonsul der Türkei in Frankfurt über seine Behauptungen gegen die Gewerkschafter in der Stadt, Frankfurt, 3.9.1975, Fr/ur, AdsD, IG Metall, 5/IGMA170940; *Nülüfer Yalcin*, Bugünkü Almanya, in: Milliyet, 13.5.1978, S. 5.

29 Graue Wölfe, in: Der SPIEGEL, 22.8.1976, S. 57–61; *Örsan Öymen*, Disaridan Türkiye'ye Bakis, in: Milliyet, 25.6.1976, S. 7; die Frage des Abgeordneten Kurt Wüster, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 7. Wahlperiode, 229. Sitzung, 17.3.1976, S. 15974.

30 *Jürgen Roth*, »... ein paar Köpfe rollen lassen«, in: Blickpunkt, 26.5.1978, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272.

31 Schreiben von Yilmaz Karahasan an Siegfried Müller, Verstärkte Aktivitäten der rechtsextremistischen türkischen Vereine u. Organisationen in Berlin (West), Frankfurt/M, 5.6.1975, 11/YK-se, sowie Komitee für die Vorbereitung der Erhebungskundgebung, »Erhebungskundgebung der Nationalisten«, April 1975, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272. Laut Karahasan beteiligten sich der »Verein zur Bekämpfung des Kommunismus«, die »Nationalistische Front«, der »Türkische Kultur- und Solidaritätsverein«, die »Türkischen Vereine in Deutschland« und die »Nationale-Ideen Vereine« an dem Protestmarsch.

32 Organisationsblatt der Vereinigung türkischer Arbeitnehmer in Frankfurt, MC'nin Frankfurt Subesi Is Basinda, in: Isci Gazetesi, 4.6.1975, Nr. 32, S. 1, TUSTAV-Archive; *Atsız*, MHP'nin Almanya Dosyası, S. 4.

33 Organisationsblatt der FIDEF, Akincilar WDR'e Saldiriyor, in: FIDEF, Juni 1978, Nr. 6, S. 7, TUSTAV-Archive.

Im Rahmen dieser Kampagnen gegen türkeistämmige Gewerkschafter\*innen beschuldigten MHP-Funktionäre häufig auch direkt die deutschen Gewerkschaften und griffen insbesondere den DGB und die IG Metall an. Enver Altayli, MHP-Inspektor in der Bundesrepublik, antwortete in einem Interview mit der Parteizeitung »Devlet« auf die Frage, »warum der DGB gegen die MHP kämpft«:

»Mit dem DGB haben wir keine Konflikte. Aber der DGB-Vorsitzende Vetter wird von den türkischen Kommunisten im DGB manipuliert. Die türkischen Arbeiter in Europa bedauern dieses Fehlverhalten des Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, in denen Zehntausende MHP-Anhänger organisiert sind. Einige der Feinde, die von Türk-İş [Konföderation von Arbeitergewerkschaften der Türkei] als Vertreter in den DGB entsandt wurden, haben jahrelang in Zusammenarbeit mit einer Handvoll deutscher Kommunisten im DGB ein hässliches politisches Spiel gespielt, als gäbe es keine anderen Arbeiterfragen als den Umgang mit der MHP. Diese Türk-İş-Vertreter, die in der von der IG Metall herausgegebenen Zeitung in türkischer Sprache schreiben, greifen in diesem Blatt der IG Metall die türkische Nation, die türkische Armee, die türkische Nation und alle ihre moralischen Werte an.«<sup>34</sup>

Altaylis Aussage bezog sich auf Mete Aksu von der DGB-Abteilung »Ausländische Arbeitnehmer« sowie auf Yilmaz Karahasan und seine türkeistämmigen Kollegen von der Ausländerabteilung der IG Metall. Am 28. April 1976 schrieb Alparslan Türkeş einen entsprechenden Brief an den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, in dem er behauptete, dass viele Kommunisten im DGB, insbesondere Mete Aksu, die Türk-İş in den DGB entsandt hatte, die Gewerkschaften gegen die »Grauen Wölfe« aufgestachelt hätten.<sup>35</sup> Parallel schrieb die MHP-Vertretung in Europa an Vetter und bot dem DGB die Zusammenarbeit im Kampf gegen die türkeistämmigen Kommunist\*innen in Deutschland an. Das Schreiben, unterzeichnet von Osman Nuri Kurt, einem Mitglied der MHP aus Berlin<sup>36</sup>, wurde verfasst, um den negativen Ansichten über die Partei und die Idealistenvereine entgegenzuwirken. Dem Schreiben zufolge führten mit der MHP sympathisierende nationalistische Vereine einen gerechten Kampf gegen die türkeistämmigen Kommunist\*innen und verfolgten diesbezüglich ähnliche Ziele wie der DGB.<sup>37</sup>

Mitte der 1970er-Jahre wurde die Präsenz der MHP in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in der deutschen als auch in der türkischen Öffentlichkeit diskutiert. Nach Aussagen des MHP-Führers Alparslan Türkeş im Jahr 1975 existierte in der Bundesrepublik jedoch kein Büro, sondern nur Mitglieder und Anhänger\*innen der Partei. Er nannte etwa 1.600 Parteivertreter sowie die eigenständigen Vereine, die es unter den Bezeichnungen »Idealistenvereine« und »Türkische Gemeinden« in Deutschland gebe.<sup>38</sup> Wie der Staatssekretär im Bundesinnenministerium,

34 MHP Müfettisi Enver Altayli, in: Devlet, 1.3.1976, Nr. 330, S. 7 (Übersetzung vom Autor).

35 Schreiben des Stellvertretenden türkischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Nationalistischen Aktionspartei der Türkei (Milliyetçi Hareket Partisi) an: H. O. Vetter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 28.4.1976, AdsD, IG Metall, 5/DGAZ000021.

36 Informationsbulletin der FIDEF, Graue Wölfe der MHP in der Bundesrepublik, Informationsheft, 1981, S. 9, TUSTAV-Archive.

37 Schreiben von Osman Nuri Kurt an H.O Vetter, o. D., AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAZ000021.

38 Almanya'da sevgi ve ilgi ile karşılanmam komünistleri kızdırdı, in: Devlet Gazetesi, Nr. 280, 17.3.1975, S. 13.

Gerhart Baum, auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Kurt Wüster im Bundestag antwortete, war die MHP Anfang 1976 in Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart sowie vor allem in den südlichen Bundesländern vertreten. Sie war in 50 Vereinen organisiert und hatte offiziell etwa 3.000 Mitglieder.<sup>39</sup>

Tatsächlich meldete die Parteizeitung »Devlet« Ende 1974, dass sich die nationalistischen Arbeitervereine aus überwiegend süddeutschen Städten sowie aus Berlin und Hannover kürzlich in Sindelfingen getroffen hätten, um ein bundesweites Bündnis zu gründen.<sup>40</sup> Dieses Treffen im Dezember 1974 fand nicht nur in den türkisch- und deutschsprachigen Medien, sondern auch bei den kleineren türkisch-nationalistischen Gruppen keine große Beachtung; einige Gruppen der »Grauen Wölfe« hatten erst im Nachhinein über den »Devlet«-Newsletter von den Vereinigungsversuchen erfahren.<sup>41</sup> Durch die MHP-Parteifunktionäre in Deutschland wurden die Mobilisierungsbemühungen jedoch nach und nach zentralisiert. Der Organisationsleiter der Partei in der Bundesrepublik, Kamil Tanrikulu, hielt im August 1975 in Ludwigshafen eine formelle Parteiversammlung mit Tausenden von Parteimitgliedern sowie dem MHP-Vorsitzenden Alparslan Türkeş ab.<sup>42</sup> Ende 1975 schlossen sich die MHP-Organisationen aus den Niederlanden, Frankreich, Österreich und der Schweiz unter dem Namen »Kleiner Kongress in Europa« in Köln zusammen, wo Enver Altayli zum Vorsitzenden gewählt wurde.<sup>43</sup>

Seitdem die MHP unter ihrem Parteinamen Vertretungen eröffnete, verstieß sie gegen die türkische Verfassung, die türkischen Parteien die Eröffnung von Parteibüros im Ausland verbietet. Das türkische Verfassungsgericht warnte die Partei deshalb 1976, dass sie verboten werde, wenn sie ihre Auslandsbüros nicht schliesse.<sup>44</sup> Daraufhin schloss die MHP die nach ihr benannten Büros in der Bundesrepublik Deutschland und versuchte, eine eigenständige Organisation aufzubauen. In der Zeit nach der Auflösung wurde die Parteimobilisierung ausschließlich durch Tarnorganisationen wie Kulturvereine oder durch die Vereine unter der religiösen »Türkischen Union in Europa« fortgesetzt.<sup>45</sup> Die Tarnorganisationen wurden ähnlich den inoffiziellen Parteiorganisationen in der Türkei benannt, wie zum Beispiel

39 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 7. Wahlperiode, 229. Sitzung, 17.3.1976, S. 15974–15975.

40 Almanya'daki Ülkücü Kuruluslarin Birlestirilmesi icin Calisiliyor, in: Devlet, 16.12.1974, Nr. 267, S. 10.

41 Almanya'da, in: Devlet, 10.2.1975, Nr. 275, S. 10.

42 *Ayhan Azak*, MHP Almanya Teskilat Kongresi Dün Yapildi, Tercüman, 18.8.1975, in: Isci Birliđi, 22.5.1976, Nr. 35, S. 5, TUSTAV-Archive; Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e. V., Verbot der faschistischen Terrororganisationen, Teil 2, Duisburg o. J., S. 4, Archive der progressiven Volkseinheit der Türkei in Berlin-West e. V.

43 MHP Avrupa Küçük Kurultayı Köln'de Toplandı, in: Tercüman, 31.12.1975, S. 1; Organisationsblatt der FIDEE, Türkei Informationen, Sonderheft MHP, Juni–Juli 1981, S. 9, TUSTAV-Archive; *Ertekin Özcan*, Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1992 (zuerst 1989), S. 182.

44 MHP'ye tebliğ edilmeyen Anayasa Mahkemesinin Ihtar Kararı Basında Neşredildi, in: Devlet, 12.7.1976, Nr. 349, S. 12.

45 Einschüchterung türkischer Arbeiter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1976, S. 6; *Yilmaz Karahasan*, Terror gegen Türken, in: Metall, 29.6.1976, Nr. 13, S. 15; DGB-Abt. Ausländische Arbeitnehmer, Aktive türkische Organisationen in der Bundesrepublik, S. 6, Düsseldorf, 17.7.1977, At-ev., AHGR, IGBE-Archiv, 701.

»Großer Idealistenverein in Berlin« und »Türkische Gemeinschaft Berlin«, »Türkischer Studenten- und Jugendverein Berlin«, aber auch nach der kulturellen Einheit der türkischen Arbeiter, meist »Türkischer Kulturverein« oder »Kulturgemeinschaft«. <sup>46</sup> Gemeinsames Merkmal dieser Organisationen, die keinen Parteinamen trugen, war die Verwendung eines Wolfssymbols in Vereinslogos oder Vereinsdokumenten. <sup>47</sup>

Inmitten der Eskalation von Gewalt und Hetze zwischen Idealistenvereinen und linken Vereinen rief der MHP-Vorsitzende Alparslan Türkeş am 28. Juli 1977 in einem Schreiben an den MHP-Parteivorstand in der Bundesrepublik Deutschland zur schnellen Mobilisierung auf, da die Parteientwicklung in der Türkei eine verstärkte Propaganda im Ausland erfordere. <sup>48</sup> Angesichts der wachsenden Kritik in der Türkei und in Deutschland <sup>49</sup> forderte Türkeş seine Mitglieder auf, in ihrer Propaganda Provokationen und heiße Konflikte zu vermeiden. Türkeş stellte darin fest, dass die wichtigste Methode der MHP-nahen Organisationen im Kampf gegen den Kommunismus und bei der Rekrutierung neuer Mitglieder unter Jugendlichen die Argumentation sei. Er warnte auch seine Anhänger, die »Kommandos und Idealisten«, davor, die Aufmerksamkeit der deutschen Behörden auf sich zu ziehen, und forderte sie auf, bestimmte Anweisungen der Zentralleitung zu befolgen, insbesondere »bei der Unterdrückung der Kommunisten« und »bei den Maßnahmen, die gegen die Leute ergriffen werden, die die Zeitungen Cumhuriyet, Politika, Vatan usw. lesen«. <sup>50</sup>

Entsprechend dem Brief von Alparslan Türkeş forcierten die Idealistenvereine 1977 ihre Bemühungen um die Gründung eines Dachverbands. Nach einem Vermerk des DGB an die Landes- und Kreisbezirke erhielt der Bundesvorstand eine Einladung zu einer Tagung in Köln, die von einem »zweifellos« der MHP nahestehenden Gremium organisiert wurde. <sup>51</sup> In der Einladung wurde darauf hingewiesen, dass die Veranstaltung keine politischen Ziele verfolge, es war jedoch ersichtlich,

46 Schriftsteller warnen vor Grauen Wölfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.1.1977, S. 30; Hessisches Ministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1978, Wiesbaden 1979, S. 31; Türkenzentrum (Hrsg.), MHP & Graue Wölfe, Türkenzentrum Dokumentation, Berlin 1981, S. 31, AHGR, IGBE-Archiv, 14997.

47 »Graue Wölfe« für Gott, die Nation und die Ehre, in: Der Tagespiegel, 20.12.1979, AdSD, IG Metall, 5/IGMZ930272; Roth, »... ein paar Köpfe rollen lassen«; vgl. Barbara Hoffmann/Michael Opperskalski/Erden Solmaz, Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Köln 1981, S. 80–85.

48 Alparslan Türkeş, Vorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei, Brief an den Geschäftsführenden Vorstand der Nationalistischen Bewegungspartei in Deutschland, Ankara, 28.7.1977, übersetzt aus dem Türkischen von DGB-Abt. Ausländische Arbeitnehmer, Türkisches Zentralbüro, Aktennotiz, Düsseldorf, 17.1.1979, At-ev, AHGR, IGBE-Archiv, 701.

49 Vgl. die Reden der Abgeordneten Necdet Ugur und Ali Sanli sowie des Senators Fikret Gündogan, Hükümet Programını Görüşülmesi (1975), in: Neziroglu/Yilmaz, Koalisyon Hükümetleri, Koalisyon Protokolleri, S. 1068, 1120 und 1187 f.; vgl. die Frage des Abgeordneten Kurt Wüster, Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 7. Wahlperiode, 229. Sitzung, 17.3.1976, S. 15974.

50 Ebd. Die genannten Zeitungen waren damals dafür bekannt, von einem linken oder liberalen Publikum gelesen zu werden.

51 Schreiben von Karl Schwab und Heinz Richter an die DGB-Landesbezirke, die Hauptvorstände bzw. Vorstände der Gewerkschaften u. Industriegewerkschaften, den Ausschuss für Ausländische Arbeitnehmer, Düsseldorf, 21.3.1978, AA-Rr/Suz, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

dass es sich bei den Teilnehmern um bekannte Extremisten handelte. Der Bundesvorstand des DGB lehnte diese Einladung ab, ebenso wie er die Einladungen der türkeistämmigen sozialistischen Organisationen zu ihren Gründungskongressen im selben Jahr ablehnte. Laut dem DGB-Vermerk wurde auf der der MHP-nahestehenden Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt, der mit der Aufgabe zur Gründung einer Dachorganisation beauftragt wurde.<sup>52</sup>

Der Regierungswechsel in der Türkei Anfang 1978 beschleunigte die Organisation der »Grauen Wölfe« in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Sturz der »Regierung der Nationalistischen Front« durch ein Misstrauensvotum im Januar 1978 kam die sozialdemokratische CHP an die Macht. Nach dem Amtswechsel verurteilte das MHP-Presseorgan »Devlet« die neue Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit und warnte: »[...] früher oder später wird jede Institution und Organisation, die nicht von Idealisten bewacht wird, von der CHP übernommen werden, eine nach der anderen.«<sup>53</sup> Laut der Zeitschrift plante die Regierung Ecevit zu diesem Zweck, unter dem Vorwand des Kampfes gegen paramilitärische Kräfte zahlreiche nationalistische Beamte und Offiziere strafrechtlich zu verfolgen.<sup>54</sup> So wurden zum Beispiel Ende 1978 die Idealistenvereine in der Türkei per Gerichtsbeschluss aufgelöst und ihr Vorsitzender Ali Batman zu einer Haftstrafe verurteilt.<sup>55</sup> In der Folge kam es zu einem Mitgliederzufluss von MHP-Anhänger\*innen aus dem Herkunftsland in die nationalistischen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland. Partei- und Vereinsfunktionäre wie Batman flohen vor den bevorstehenden Ermittlungen und kamen als Touristen in die Bundesrepublik, wo sie Asyl beantragten.<sup>56</sup> Dies ging so weit, dass der DGB-Landesbezirk Hessen Ende 1978 in einer schriftlichen Stellungnahme behauptete, in den südlichen Bundesländern und insbesondere in Hessen sei eine starke Zunahme von Asylanträgen von MHP-Mitgliedern und in der Türkei gesuchten Straftätern zu verzeichnen.<sup>57</sup> Diese Asylbewerber hätten sich, so der Landesbezirk, in der Gründungsphase einer Dachorganisation angeschlossen.<sup>58</sup>

52 Ebd.

53 Baskin Basanindir Veyahut Polis Devleti, in: Devlet, 6.3.1978, Nr. 435, S. 5.

54 Ayin Yorumu, in: Devlet, Oktober 1978, Nr. 6, S. 2–3, hier: S. 3. *Ergün Göze*, Ecevit'in Tek Hedefi, in: Devlet, April 1979, Nr. 12, S. 5.

55 Ülkü Ocaklarını Mahkeme Kapattı, in: Milliyet, 23.11.1978, S. 1 und 14.

56 13 Ülkücünün Sağmalcılar Cezaevinden Kacısı, in: Cumhuriyet, 17.11.1978, S. 1; »Türkische Extremisten gefährden Asylpraxis«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.1979, S. 36; *Paul Glaser*, Graue Wölfe gründen neue Tarnvereine, in: Berliner Stimme, 2.12.1979, AdsD, IG Metall, IGMZ930272; Asylrecht für Verfolgte, nicht für Verfolger, in: Frankfurter Rundschau, 7.3.1979, AdsD, IG Metall, IGMZ930272.

57 DGB wendet sich gegen Mißbrauch des Asylrechts, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.1978, S. 35; Behörden dulden türkische Faschisten, in: Metall, 12.12.1980, Nr. 25–26, S. 18.

58 Brief von Hans Frank und Marita Eilrich (DGB-Landesbezirk Hessen) an DGB-Bundesvorstand Abt. Ausländische Arbeitnehmer mit dem Titel »Aktivitäten türkischer Ausländerorganisationen in Hessen«, 6.3.1979, Mei/Tr., AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAZ000642; Aktennotiz von Karl Schwab mit dem Titel »Religiöse Situation bei den türkischen Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland« und sein Anhang, Düsseldorf, 19.2.1980, AdsD, DGB-Archiv, 5/DGAZ000009, S. 12.

Lokman Kundakci und Musa Celebi, die zu den MHP-Asylbewerbern gehörten, beteiligten sich an dem Gründungskomitee für einen Dachverein. In der Phase stellte sich Hans-Eckhardt Kannapin, Türkei-Experte und CDU-Stadtrat in Schwalmstadt (Hessen), oft offen auf die Seite der türkischen Nationalisten und half Lokman Kundakci und Musa Celebi, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, für die er sie in einem Forschungszentrum in Schwalmstadt anwarb.<sup>59</sup> Laut den Magazinen *Der SPIEGEL* sowie »Metall« nahm auch der damalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß enge Kontakte zu MHP-Führungskräften in der Türkei und Deutschland auf und unterstützte sogar die rechtliche Gründungsphase des Dachvereins.<sup>60</sup> Obwohl der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl ein Besuchsangebot von Alparslan Türkeş abgelehnt hatte, traf Strauß den MHP-Leiter zu einem Gespräch am 1. Mai 1978, in dem sich beide über die kommunistische Bedrohung Deutschlands und der Türkei einig waren.<sup>61</sup> Während dieses Treffens veranstaltete die FIDEF eine Demonstration in Bonn gegen den Türkeş-Besuch, zugleich protestierte die IG-Metall in Ulm gegen die »Grauen Wölfe« und ihre Veranstaltung am 4. Mai, an der sich Türkeş nach seinem Treffen mit Strauß beteiligte.<sup>62</sup>

Sechs Wochen nach dem Türkeş-Strauß-Treffen gründeten 64 Vereine aus Westdeutschland, Holland, Österreich, Belgien und Frankreich am 17. und 18. Juni 1978 im hessischen Schwarzenborn in einem von Hans-Eckhardt Kannapin organisierten Gebäude offiziell die ADÜTDF oder, wie sie auch genannt wird, die »Türkische Föderation« (»Türk Federasyon«) und erklärten Frankfurt am Main zu ihrem Sitz. Kannapin mietete die Räumlichkeiten sowohl für den ersten als auch für den zweiten Kongress (1979) in Schwarzenborn, beide unter dem Vorwand, es handle sich um eine kulturelle Veranstaltung.<sup>63</sup> Seit ihrer Gründung wuchs die Türkische Föderation bis 1980 auf 23.000 Mitglieder an.<sup>64</sup> Seit der Gründung des Dachverbands, so berichteten die deutsche Presse und der Verfassungsschutz, habe auch die Eskalation der Gewalt zwischen Idealistenvereinen und linken türkeistämmigen Organisationen zugenommen.<sup>65</sup> Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Ende

59 Graue Wölfe? Jede Mark ist eine Kugel, in: *Der SPIEGEL*, 8.9.1980, S. 58–61, hier: S. 61; Organisationsblatt der FIDEF, Türkei Informationen 1981 – Sonderheft: Graue Wölfe der MHP in der Bundesrepublik, TUSTAV-Archive.

60 Graue Wölfe? Jede Mark ist eine Kugel, in: *Der SPIEGEL*, 8.9.1980, S. 58–61.

61 Unglaublicher Skandal, in: *Metall*, 6.9.1978, Nr. 18, S. 6; Dann kommt alles ins Rollen, in: *Der SPIEGEL*, 24.2.1980, S. 22–28.

62 Organisationsblatt der FIDEF, Information (Haberler), Düsseldorf, Mai–Juni 1978, Nr. 14, S. 8, TUSTAV-Archive.

63 Schreiben von Hans Janssen mit dem Titel »Die Umtriebe der türkischen faschistischen Tarnorganisationen in der Bundesrepublik unterbinden«, 3.2.1979, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A; *Özcan*, Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 184.

64 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1980, Bonn 1981, S. 144. Nach dem Militärputsch in der Türkei gingen die Mitgliederzahlen dramatisch zurück und die nationalistischen Vereinigungen verfielen in eine Phase der Inaktivität. Nach Angaben des Verfassungsschutzes verlor die ADÜTDF zwischen 1981 und 1982 in nur einem Jahr 5.000 Mitglieder. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1982, Bonn 1983, S. 164.

65 *Laszlo Trankovits*, Graue Wölfe in der Offensive: Gewalt zwischen Türken nimmt zu, in: *Neue Ruhr-Zeitung*, 21.12.1979; *ders.*, »Graue Wölfe« terrorisieren Landsleute, in: *Spandauer Volksblatt*, 11.12.1979, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1978, Bonn 1979, S. 161.

der 1960er-Jahre begonnene Organisation der »Grauen Wölfe« zwischen 1973 und 1976 von den offiziellen MHP-Büros in der Bundesrepublik Deutschland fortgeführt wurde und nach deren Schließung 1976 Kulturvereine als Tarnorganisationen die Mobilisierung bis zur Gründung der Dachorganisation ADÜTDF fortsetzten.

## II. Reaktionen der Gewerkschaften und der linken Migrant\*innenorganisationen

Während es bis zur Gründung der ADÜTDF nur vereinzelte Treffen zwischen Migrant\*innenvereinen und Gewerkschaften gegeben hatte, wurde die Zusammenarbeit ab 1978 systematischer und kollektiver, bis hin zu gemeinsamen Großdemonstrationen gegen die Mitgliederversammlungen der »Grauen Wölfe«. Die Gründung der linken Dachverbände FIDEF und HDF im Jahr 1977 und die Beziehungen der Mitgliedsverbände dieser Organisationen zu den lokalen Gewerkschaftsgliederungen spielten eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die Zusammenarbeit gegen die Idealistenvereine bis 1978 umfasste Reaktionen linker türkeistämmiger Arbeiter\*innenorganisationen auf angebliche Propaganda und gewalttätige Aktivitäten, meist in den Betrieben, sowie Beschwerden bei der Gewerkschaft und den örtlichen Behörden. Auch auf die offiziellen Treffen der MHP-Organisationen reagierten Gewerkschaften und linke Migrant\*innenorganisationen. Infolge des »MHP-Europakongresses« in Köln im Dezember 1975 und der Berichterstattung darüber in der türkischen und deutschen Presse unternahmen politische Parteien, Gewerkschaften und linke türkische Vereinigungen Schritte zur Schließung von MHP-Organisationen.<sup>66</sup> Die ATTF, bis 1977 Vorgängerorganisation der FIDEF, richtete in dieser Zeit erste offizielle Warnungen an DGB-Gliederungen und forderte Maßnahmen gegen »rechte, reaktionäre, faschistische Organisationen«.<sup>67</sup> Auch die DGB-Abteilung »Ausländische Arbeitnehmer« schickte nach dem Kölner Parteitag im Dezember 1975 eine Reihe von Warnungen über die Organisation der MHP an ihren Partner Türk-İş und an das deutsche Innenministerium und forderte Anfang 1976 das Verbot der Organisation.<sup>68</sup> Der DGB schrieb dem Bundesinnenministerium dazu:

»Die Tätigkeit dieser Partei hier in der Bundesrepublik wird unzweifelhaft die Ruhe und Ordnung bei den Türken gefährden, denn diese Gruppen wollen ihre politischen Gegner nicht nur mit politischen Argumenten bekämpfen, sondern mit Schlägertruppen. Damit

66 MHP'liler için Almanya Kovuşturma Yapiyor, in: Cumhuriyet, 6.2.1976, S. 1 und 9; Hoffmann/Opperskalski/Solmaz, Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, S. 70; Özcan, Türkische Immigrant\*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 181 f.

67 Als Folge der Warnungen der ATTF-Mitglieder an den DGB hat beispielsweise die DGB-Sektion Berlin einen Beschluss gefasst, der dem Bundesvorstand das Verbot dieser Verbände empfahl. DGB Türk Fasit Derneklerinin Kapatilmasini Istiyor, in: Kurtulus, 28.11.1975, Nr. 141, S. 4, TUSTAV-Archive.

68 Alman Sendikaları, MHP Temsilciliklerinin Kapatilmasini Istedii, in: Milliyet, 26.3.1976, S. 1; Alman Sendikalar Birliği, in: Milliyet, 7.2.1976, S. 10; DGB, MHP'nin, in: Milliyet, 3.7.1976, S. 1; Alman Anayasayi Koruma Dairesi, in: Devlet, 19.7.1976, Nr. 350, S. 10.

werden alle Bemühungen zur Integration der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik illusorisch.«<sup>69</sup>

Im Jahr 1977 wurden zwei sozialistische beziehungsweise sozialdemokratische Migrant\*innenverbände gegründet, die in den folgenden Jahren wesentlich zum Aktivismus gegen die »Grauen Wölfe« beitrugen. Auf Einladung von ATTF und ihrer konkurrierenden Organisation, der »Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa e. V.«, trafen sich auf einem »Arbeiterkongress« am 26. und 27. Februar 1977 in Düsseldorf die Vertreter\*innen von mehr als 100 Vereinen kommunistischer, unabhängiger sozialistischer und sozialdemokratischer Strömungen. Am Ende gründeten 61 Vereine die FIDEF. In der auf dem Arbeiterkongress verabschiedeten FIDEF-Satzung wurde die Förderung der Mitgliedschaft in den DGB-Gewerkschaften und die Solidarität mit in- und ausländischen Organisationen »mit gleichen oder ähnlichen Zielen« festgeschrieben.<sup>70</sup> Die Teilnehmer\*innen der meist sozialdemokratischen Organisationen unter Führung der »Volksrevolutionären Vereine« aus Berlin und Stuttgart unterstützten diese Gründung jedoch nicht.<sup>71</sup> Am zweiten Kongresstag beschlossen diese Vereine, sich mit anderen sozialdemokratischen Vereinen zu vereinigen und einen eigenen Dachverband (HDF) zu gründen.<sup>72</sup> Das Mitteilungsblatt der FIDEF bezeichnete die Gründungsinitiative dieser sozialdemokratischen Institution wiederum als ein Hindernis im Kampf gegen die »Grauen Wölfe«:

»Ein neuer Vereinigungsversuch, der direkt zur Spaltung der Arbeiterbewegung führen wird und sich unweigerlich mit den Bemühungen der MHP und anderer reaktionärer Parteien verbinden wird, unsere Arbeiter für lange Zeit gegeneinander aufzuheizen.«<sup>73</sup>

Der HDF wiederum wurde Ende Oktober in Westberlin mit einer Satzung gegründet, die eine Zusammenarbeit mit Arbeiter\*innenorganisationen und »fortschrittlichen Initiativgruppen« zuließ, »deren Grundsätze mit denen der Föderation nicht unvereinbar sind«.<sup>74</sup> Alles in allem entstanden FIDEF und HDF als zwei ideologisch unterschiedliche Organisationen, deren Satzungen aber aus praktischen Gründen eine Zusammenarbeit ermöglichten.

Eine zentrale Rolle im Kampf gegen nationalistische Organisationen spielten aus Sicht der Verbände die deutschen Gewerkschaften. Die Haltung der Gewerkschaften gegenüber linken Migrant\*innenorganisationen war jedoch zumindest auf Bundesebene grundsätzlich skeptisch. Die Haltung des DGB-Vorstands zur Zusam-

69 Schreiben vom DGB an Bundesinnenministerium, 14.1.1976, in: Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e. V., Verbot der faschistischen Terrororganisationen, S. 8.

70 Artikel 2 und 3f der Satzung der FIDEF Tüzük/Satzung, FIDEF Yayinlari, 1.8.1977, TUSTAV-Archive.

71 Büyük İsci Kurultayı, in: Kurtulus, 2.3.1977, Nr. 166, S. 4, TUSTAV-Archive.

72 Vgl. Özcan, Türkische Immigrant\*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 277 f.

73 Organisationsblatt der FIDEF, Yurtdisindaki İscilerimiz, in: Federal Almanya Postası, Oktober 1977, Nr. 4, S. 2–3, TUSTAV-Archive.

74 Artikel 3d der Satzung der HDF, in: Was ist die HDF – Was will die HDF? Informationsbulletin der Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa e. V., Archive der progressiven Volkseinheit der Türkei in Berlin-West e. V.

menarbeit mit ausländischen Organisationen wurde Anfang 1978 in einem gewerkschaftsinternen Positionspapier erläutert:

»Der DGB und die Gewerkschaften arbeiten grundsätzlich nicht mit politischen Organisationen ausländischer Arbeitnehmer zusammen, da sie sich sonst in die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Nationalitäten begeben. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Akteure solcher politischer Ausländervereine den DGB und die Gewerkschaften für ihre oft nicht durchschaubaren Zwecke benutzen möchten. Die parteipolitische Unabhängigkeit des DGB und der Gewerkschaften gebietet es, Maßstäbe anzuwenden, um alle negativen Wirkungen zu vermeiden.«<sup>75</sup>

Mit dieser Haltung lehnte der DGB-Vorstand die Einladungen von FIDEF und HDF zu ihren Gründungskongressen im Februar und Oktober 1977 ab.<sup>76</sup> Bemerkenswert war die Ablehnung des Arbeiterkongresses der FIDEF, in der der DGB-Vorstand die Tagung wegen des kommunistischen Hintergrunds des FIDEF-Gründungskomitees kritisierte.<sup>77</sup> Nach Ansicht des DGB-Vorstands suchten die FIDEF und einige andere Migrant\*innenorganisationen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Sie hätten den Eindruck genutzt, als »Aushängeschild« mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um ihre »Unbedenklichkeit« zu demonstrieren.<sup>78</sup> Als die Mobilisierung der Idealistenvereine ihren Höhepunkt erreicht hatte und es bereits zu gemeinsamen Protestdemonstrationen von Gewerkschaftsgliederungen und Migrant\*innenorganisationen gekommen war, wiederholte der DGB-Bundesvorstand im September 1979 seine Warnung an die Landesbezirke, eine Zusammenarbeit mit der FIDEF zu vermeiden.<sup>79</sup>

Trotz dieser Skepsis gegenüber den neuen Migrant\*innenorganisationen zeichnete sich in der Praxis zunehmend eine Zusammenarbeit auf lokaler Ebene zwischen den sogenannten kommunistischen Vereinen der FIDEF und den Gewerkschaften sowie den Jungsozialisten ab. Die Ortsvereine, die die FIDEF gründeten,

75 Positionspapier des DGB zur Ausländerbeschäftigung, 7.2.1978, in: Martin H. Geyer (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 6: Bundesrepublik Deutschland 1974–1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, Baden-Baden 2008, Annex (CD-ROM).

76 Schreiben von Karl Schwab und Heinz Richter an die DGB-Landesbezirke, die Hauptvorstände bzw. Vorstände der Gewerkschaften u. Industriegewerkschaften, den Ausschuss für Ausländische Arbeitnehmer, Düsseldorf, 21.3.1978, AA-Rr/Suz, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

77 *Karl Schwab/Heinz Richter*, Türkischer Arbeiterkongress. Polit-Ausländer wirbeln durch die Bundesrepublik. DGB stellt richtig, wie es zu dem Düsseldorfer Kongreß kam, in: *Welt der Arbeit*, 18.3.1977.

78 DGB-Bundesvorstand, Schreiben von Karl-Heinz Goebels an die DGB-Landesbezirke, die Hauptvorstände bzw. Vorstände der Gewerkschaften u. Industriegewerkschaften, den Ausschuss für Ausländische Arbeitnehmer, Düsseldorf, 29.5.1978, AA-Goe/Suz, sowie Schreiben von Karl Schwab und Heinz Richter an die DGB-Landesbezirke, die Hauptvorstände bzw. Vorstände der Gewerkschaften u. Industriegewerkschaften, den Ausschuss für ausländische Arbeitnehmer, Düsseldorf, 21.3.1978, AA-Rr/Suz, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

79 Mehr als 20000 radikale linke Türken in der Bundesrepublik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.6.1980, S. 4.

standen in Kontakt mit den Kreisverbänden des DGB sowie mit der SPD und den Jusos, die beispielsweise Grußworte zum Gründungskongress der FIDEF schickten.<sup>80</sup>

Laut dem Verfassungsschutzbericht zu 1978 setzte sich die FIDEF auf Bundesebene überwiegend aus kommunistischen Aktivist\*innen und Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Türkei zusammen, während ihre Ortsvereine und Mitglieder in der Regel keine kommunistischen Ziele verfolgten, sondern vor allem Unterstützung für ihre eigenen Einwanderungsprobleme im Ausland suchten.<sup>81</sup> Das Engagement für die Probleme der Türkeistämmigen und die Öffnung auf Verbandsebene für sozialistische und sozialdemokratische Migrant\*innen war einer der Hauptgründe dafür, dass die FIDEF ihre Mitgliederzahl von ihrem Gründungsjahr bis 1979 von 7.500 auf 18.000 steigern konnte.<sup>82</sup> Darüber hinaus arbeiteten die FIDEF-Vereine und einige andere linke Vereine in einer Dachorganisation zusammen, dem »Europakomitee für Frieden und Freiheit« (»Avrupa Baris ve Özgürlük Komitesi«, ABÖK), die sich gegen die »Kabinette der Nationalistischen Front« sowie für die Amnestie für politische Gefangene in der Türkei richtete.<sup>83</sup> Das Komitee war 1975 von der ATTF, dem Vorläufer der FIDEF, unter dem Vorsitz des AWO-Funktionärs Fuat Bultan in Frankfurt am Main gegründet worden. Nach einem Jahr wurde die Organisation in »Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit« (»Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi«, TBÖK) umbenannt. Die Organisation gab in Frankfurt am Main den Newsletter »Türkei Heute« heraus, um auf die Verfassungsbrüche in der Türkei, die linken politischen Gefangenen und die politischen Morde während der »Regierungen der Nationalistischen Front« aufmerksam zu machen. Schließlich waren viele Mitglieder der ATTF/FIDEF oder der ABÖK/TBÖK auch Gewerkschaftsmitglieder und einige von ihnen waren Betriebsräte oder Vertrauensleute. Sie erfüllten eine Brückenfunktion zwischen den Dachverbänden und den Gewerkschaften, indem sie die Anliegen ihres Verbands in die Gewerkschaftssitzungen einbrachten. So hielt Yılmaz Karahasan, der Sekretär der IG Metall, 1976 auf einer Kundgebung der TBÖK in Frankfurt am Main eine Rede gegen die »Grauen Wölfe«.<sup>84</sup> Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Provinzverbände und lokalen Gewerkschaftsbüros aufgrund der lokalen Verbindungen zwischen Verbänden und Gewerkschaften nicht zögerten, sich mit den FIDEF-Verbänden gegen die entstehende ADÜTDF zusammenzuschließen.<sup>85</sup>

Nach der Gründung der ADÜTDF 1978 intensivierten linke Migrant\*innenvereine, Gewerkschaften und politische Organisationen ihre Kampagnen gegen die Mobilisierung der »Grauen Wölfe«. Die Protestaktivitäten der türkeistämmigen Verbände unter FIDEF und HDF verfolgten insgesamt mehrere Ziele: kurzfristig das

80 Schreiben von Karl Schwab und Heinz Richter an die DGB-Landesbezirke, die Hauptvorstände bzw. Vorstände der Gewerkschaften u. Industriegewerkschaften mit der Bitte um Kenntnisnahme, Düsseldorf, 21.3.1978, AA-Rr/Suz, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

81 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1978, S. 161.

82 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1979, Bonn 1980, S. 131.

83 Vgl. *Özcan*, Türkische Immigrant\*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 231.

84 Yılmaz Karahasan, Rede bei der Kundgebung des Türkischen Europa-Komitees für Frieden und Freiheit, Frankfurt am Main, 29.5.1976, AdsD, IG Metall, 5/IGMA170940.

85 Vgl. *Clemens Reichhold*, Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren. Das Beispiel Frankfurt am Main, Düsseldorf 2021, S. 8, URL: <[https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-007973/p\\_fofoe\\_WP\\_208\\_2021.pdf](https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-007973/p_fofoe_WP_208_2021.pdf)> [6.7.2023].

Verbot von Veranstaltungen der »Grauen Wölfe«, langfristig das Verbot MHP-naher Organisationen und schließlich die Legitimierung linker Verbände im Kampf gegen Rechtsextremismus. Zu diesem Zweck war es die Hauptstrategie der linken Migrant\*innenorganisationen, mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen über die »Grauen Wölfe« aufzuklären. Die linken Vereine unter dem Dach der FIDEF und der HDF hatten sich in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zum Ziel gesetzt, mit ihren Kampagnen zu einem wachsenden antifaschistischen Bewusstsein in der Bundesrepublik beizutragen. Dazu war es notwendig, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und sich an deren Protestaktionen zu beteiligen.

Die Protestaktionen der linken Vereine und deutscher Gewerkschaften hatten die »Grauen Wölfe« insgesamt als Teil der wachsenden allgemeinen faschistischen Bedrohung in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Türkei dargestellt, die als Neonazismus bezeichnet wurde. Auf ihrem zweiten Bundeskongress in Essen am 25. und 26. März 1978 beschlossen die Delegierten der FIDEF, eine Petition an die neue sozialdemokratische Regierung der Türkei zur Auflösung der MHP und der Idealistischen Vereinigungen in der Türkei zu richten und an einer antifaschistischen Demonstration in Köln teilzunehmen.<sup>86</sup> Am 1. April 1978 nahm die FIDEF mit ihren Mitgliedern und Plakaten gegen die »Grauen Wölfe« an der großen antifaschistischen Demonstration in Köln teil, die von der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« organisiert worden war.<sup>87</sup> Auf seiner 11. Ordentlichen Generalversammlung am 24. Mai 1978 beschloss der DGB, aktiver gegen neofaschistische Organisationen vorzugehen, ein Beschluss, den die FIDEF auf ihrem nächsten Kongress in Duisburg (24./25. März 1979) begrüßte und unterstützte.<sup>88</sup> Der Duisburger Kongress verabschiedete den Beschluss, künftig zu einem Aktionsbündnis »gegen den gemeinsamen Feind« von Gewerkschaften und politischen Parteien und anderen Migrant\*innenorganisationen aufzurufen.<sup>89</sup> Am 30. Mai 1979 organisierte die FIDEF einen »Antifaschistischen Marsch« und eine Kundgebung zusammen mit ihren Ortsvereinen, der HDF, dem DGB-Kreisverband Köln und den Jusos und wiederholte ihren Aufruf zum Verbot der ADÜTDF. Zudem wurde das Verbot der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) gefordert.<sup>90</sup> Auf einer Delegiertenversammlung in Recklinghausen im Oktober 1979 fasste die FIDEF laut Bundesverfassungsschutz den Beschluss, ihre Kampagne gegen die deutsche faschistische Bewegung fortzusetzen.<sup>91</sup>

Darüber hinaus versuchten Migrant\*innenvereine, oft in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, auf Veranstaltungen der ADÜTDF zu reagieren. So schrieben die linken Organisationen im Vorfeld der Treffen der Idealisten an den Bundeskanzler,

86 Beschlüsse des 2. FIDEF-Kongresses / FIDEF 2. Kurultayi Kararlari, FIDEF 1 Mayıs Özel Sayisi, 1.5.1978, S. 5, TUSTAV-Archive.

87 Organisationsblatt der FIDEF, Türkei Heute, April–Mai 1978, S. 18, sowie FIDEF 1 Mayıs Özel Sayisi, 1.5.1978, S. 8, TUSTAV-Archive.

88 Bericht des Generalvorstands an den 3. FIDEF-Kongress / 3. FIDEF Kurultayına sunulan Genel Yöetim Kurulu Raporu, 24.–25.3.1979, Duisburg, S. 10 f., TUSTAV-Archive.

89 Ebd., S. 28 f.

90 Idealisten-Föderation der Grauen Wölfe endlich verbieten, in: Zeitung der FIDEF, Juni 1979, Nr. 15, S. 7, TUSTAV-Archive.

91 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1979, S. 132.

die Landesminister, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, den DGB und die Einzelgewerkschaften mit der Aufforderung, sich für eine Absage der Veranstaltung einzusetzen. Meist waren diese Anrufe mit der Einladung zu einer gemeinsamen Gegendemonstration verbunden.<sup>92</sup> Nach der Gründung der ADÜTDF fingen deutsche Gewerkschaften, Jungsozialisten und die Vorstände und Ortsvereine der FIDEF und HDF damit an, gemeinsame Protestaktionen gegen die Hauptversammlungen der »Grauen Wölfe« zu organisieren. So wurde etwa gegen die zwischen dem 28. Oktober und 1. November 1978 abgehaltenen Großveranstaltungen der »Grauen Wölfe« in Berlin, Dortmund und Frankfurt am Main gemeinsam demonstriert. Am ADÜTDF-Treffen mit 2.000 Anhänger\*innen in Berlin-Kreuzberg am 28. Oktober 1978 nahm Türkeş teil; FIDEF-Verbände und IG Metall organisierten gemeinsam den Gegenprotest.<sup>93</sup> Am Tag darauf hielten ADÜTDF und Türkeş eine Großveranstaltung in Dortmund unter dem Namen »Folklorefestival« ab. Der DGB-Landesbezirk NRW und die Jungsozialisten hatten im Vorfeld von der Landesverwaltung gefordert, diese Veranstaltung abzusagen, und die örtlichen Vereine zu einer gemeinsamen Gegendemonstration aufgerufen.<sup>94</sup> Zur ADÜTDF-Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle kamen rund 8.500 Anhänger\*innen. DGB, IG Chemie, Jusos sowie Migrant\*innenvereine demonstrierten mit einem großen Protestmarsch in Richtung des Veranstaltungsorts der »Grauen Wölfe«.<sup>95</sup> Die nächste ADÜTDF-Versammlung war für den 1. November in Frankfurt geplant, an der auch MHP-Führer Türkeş wieder teilnehmen sollte. Der DGB-Landesbezirk Hessen forderte den Hessischen Innen- und Polizeiminister auf, die Veranstaltung zu untersagen.<sup>96</sup> Der DGB, die IG Metall und die IG Chemie-Papier-Keramik organisierten am 1. November eine große Protestdemonstration in Frankfurt, einen gemeinsamen Marsch mit der Teilnahme von 5.000 türkeistämmigen und deutschen Gewerkschafter\*innen.<sup>97</sup> Auf diese Proteste hin sagte Türkeş das ADÜTDF-Treffen in Frankfurt ab.<sup>98</sup> Nach Angaben der Organisationsblätter der FIDEF wurden auch spätere Treffen, bei denen sich die »Grauen Wölfe« unter der Begründung der »Kulturarbeit« bei den Städten bewarben, durch die erfolgreiche Protest-Zusammenarbeit von Vereinen und Gewerkschaften in Bingen, Kassel, Gelsenkirchen und wieder in Frankfurt abgesagt.<sup>99</sup>

92 FIDEF Broschur gegen die Veranstaltung in Dortmund, 29.10.1978, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

93 Initiativkomitee gegen türkische Faschisten, Demonstration des Terrors der Grauen Wölfe in Westberlin, 1978, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272.

94 Türken-Treffen, in: Rheinische Post, 28.10.1978; DGB ruft zum Boykott von Türkeş-Rede auf, in: Frankfurter Rundschau, 28.10.1978; und DGB: Türkische Faschisten verbieten, in: NRZ, 28.10.1978, AHGR, IGBE-Archiv, 1069 A.

95 »Graue Wölfe« tarnten sich als Kulturverein, in: WdA, 9.11.1978, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272.

96 DGB gegen Türkendemonstration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.10.1978, S. 30.

97 Türkeş bugün Frankfurt'ta konusacak, in: Milliyet, 1.11.1978, S. 14; 1978: Das Jahr des neuen Frankfurt und alten des alten Frankfurt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.12.1978, S. 47.

98 Türkeş Frankfurt'taki Ülkücülerin Toplantısına Gelmedi, in: Milliyet, 2.11.1978, S. 8.

99 Bericht des Generalvorstands an den 3. FIDEF-Kongress / 3. FIDEF Kurultayına sunulan Genel Yöretim Kurulu Raporu, 24.-25.3.1979, Duisburg, S. 24 f., TUSTAV-Archive; Idealisten-Föderation der Grauen Wölfe endlich verbieten, S. 6. Beispielsweise die »Kulturnacht« der »Türkischen Föderation« in Frankfurt wurde von der Stadtverwaltung auf Antrag des Türkischen Volkshauses und der Frankfurter Ortsverbände von DGB und SPD im April 1980 verboten. Frankfurt'da Fasistlerin Toplantısı Engellendi, in: Kurtulus, 7.5.1980, Nr. 222, S. 2, TUSTAV-Archive; Türken-Protest gegen Rechtsextremismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.4.1980, S. 28.

Auf der anderen Seite gelang es den »Grauen Wölfen« bis 1980, Großveranstaltungen unter anderem in Köln, Recklinghausen, Paderborn und Duisburg abzuhalten, gegen die wiederum linke Migrant\*innenverbände, Gewerkschaften und Jungsozialisten protestierten.<sup>100</sup>

Es bestand neben den Gewerkschaften auch eine Zusammenarbeit zwischen linken Migrant\*innenvereinen und Jungsozialisten gegen die »Grauen Wölfe«. Funktionäre der FIDEF und der Jusos organisierten im Februar 1979 beispielsweise eine gemeinsame Pressekonferenz in Bonn, protestierten gegen die Mitgliederversammlung der ADÜTDF in Schwarzenborn und forderten erneut ein Verbot der Idealistenvereine.<sup>101</sup> Im Dezember desselben Jahres beteiligten sich die Jusos an einer von der HDF und der FIDEF organisierten Demonstration in Frankfurt am Main gegen den Kongress des türkischen Kulturvereins in Schwanheim.<sup>102</sup> Schließlich zeigten die von den Jusos 1979 in Köln organisierten Demonstrationen, wie wichtig Solidarität und Koordination zwischen Migrant\*innenorganisationen, Gewerkschaften und politischen Organisationen waren. Der Vorstand der ADÜTDF plante, am 20. Mai in Köln ein Verbandstreffen abzuhalten und gegen den WDR Köln und seine angeblich »kommunistischen« türkeistämmigen Arbeiter\*innen zu agitieren.<sup>103</sup> Um eine Gegendemonstration zu organisieren, beschlossen Jungsozialisten und lokale linke Organisationen, sich – ohne türkeistämmige linksgerichtete Verbände einzubeziehen – auf dem Kölner Opernplatz zu treffen. Kurz vor dem Tag der Protestdemonstration verbot das Verwaltungsgericht jedoch die Demonstration der Jusos aus Sicherheitsgründen.<sup>104</sup> Auch aufgrund von Kommunikationsproble-

100 Idealisten-Föderation der Grauen Wölfe endlich verbieten, S. 6; Nur 500 kamen zur Rhein-Ruhr-Halle, in: Rheinische Post, 18.6.1979; Vorwurf gegen Polizei, in: Neue Ruhr Zeitung, 16.6.1979, AdsD, IG Metall, 5/IGMZ930272. In Köln protestierten zum Beispiel die Ortsvereine der FIDEF sowie die Jugendorganisationen der SPD und FDP zusammen gegen ein Erinnerungsevent der »Grauen Wölfe« über den Ersten Weltkrieg in der Stadthalle im März 1979. Fasistlerin Köln-Bonn Eylemlerini Iscilerimiz Protesto Ediyorlar, in: Kurtulus, 21.3.1979, Nr. 199, S. 1 und 3, TUSTAV-Archive; MHP yanlısı kuruluşların yarın Köln'de yapacağı 'Çanakkale Zaferi' Gecesi'ne izin verilmedi, in: Milliyet, 17.3.1979, S. 12; Schreiben von FIDEF-Bundesvorstand vom 7.3.1979, Düsseldorf, d-602/79, AHGR, IGBE-Archiv, 14997. Auf ähnliche Weise hielt die ADÜTDF im März 1980 ihre dritte Mitgliederversammlung in Bergisch Gladbach ab. 25 Organisationen, darunter DGB, SPD, AWO und FIDEF, protestierten gegen diese Veranstaltung. Das Kölner Verwaltungsgericht hatte die Versammlung nicht untersagt, mit der Begründung, es bestehe kein Zusammenhang zwischen den »Grauen Wölfen« und den Idealistenvereinen. Getarnte Wölfe, in: Metall, 2.4.1980, Nr. 7, S. 17; FIDEF/KOMKAR/KDID (Hrsg.), Türkei Informationen, 1980, Nr. 2, S. 7, TUSTAV-Archive.

101 Bundessekretariat der Jungsozialisten, Presseerklärung: Aktivitäten rechtsradikaler Türken nicht weiter verharmlosen, 9.2.1979, AHGR, IGBE-Archiv, 1069A; Offener Brief von Jungsozialisten an den Ministerpräsidenten und Kulturminister des Landes NRW: Graue Wölfe auch bei uns, 12.2.1979, AHGR, IGBE-Archiv, 15036.

102 Jusos fordern Veranstaltungsverbot, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.1979, S. 52; Demonstrationsveranstalter distanzieren sich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.1979, S. 26; Demonstration gegen »Graue Wölfe«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1979, S. 53; Polizeibeamte bei Türkendemonstration in Sachsenhausen niedergeschlagen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1979, S. 23.

103 Köln'de Büyük Yürüyüş, in: Vatana Hasret, Mai 1979, Nr. 3, S. 1.

104 Gemeinsam gegen Rechtsradikale, in: Metall, 1979, Nr. 12, S. 4; Arbeiterkampf, 28.5.1979, Nr. 154, S. 4.

men kamen schließlich nur einige Hundert Menschen zu der Protestkundgebung, wobei im Vorfeld rund 7.000 Menschen erwartet worden waren. Andererseits hielten die »Grauen Wölfe« ihr Treffen mit circa 5.000 Menschen erfolgreich ab.<sup>105</sup> Die Zeitschrift des »Marxistischen Studentenbunds Spartakus« kommentierte diesen Misserfolg folgendermaßen: »Zum erstenmal [sic] war offensichtlich, wie stark Faschisten mobilisieren können. Bislang vertraute man darauf, zu allen Sachen »etwas dagegen machen« zu können.«<sup>106</sup> Kurz nach dem erfolgreichen Verbandstreffen der »Grauen Wölfe« kam Alparslan Türkeş erneut in die Bundesrepublik Deutschland. Die Jungsozialisten, der DGB-Kreisverband Köln, die IG Metall sowie die Verbände FIDEF und HDE, die sich diesmal offiziell am 30. Mai trafen, organisierten gegen diesen letzten Besuch einen erfolgreichen Protestmarsch in Köln mit rund 4.000 Teilnehmer\*innen.<sup>107</sup>

Der Wettbewerb um Mobilisierung und Veranstaltungsorganisation zwischen den »Grauen Wölfen« und linken Organisationen brachte gegenseitige Angriffe mit sich. In Ballungsgebieten wie in Frankfurt wurden die Treffen der MHP-nahen Kulturvereine und die gemeinsamen Protestaktionen dagegen meist während ihrer Flugblätter-Verteilungsaktionen angegriffen.<sup>108</sup> Die Stadt Rüsselsheim, wo 3.000 türkeistämmige Arbeiter\*innen tätig waren, verwandelte sich bis Ende der 1970er-Jahre angeblich in ein »Schlachtfeld« zwischen den »Grauen Wölfen« und linken Migrant\*innenorganisationen.<sup>109</sup> Laut FIDEF und IG Metall wurden die gewalttätigen Ereignisse von den offiziellen Stellen lange Zeit nicht ernst genommen.<sup>110</sup> Die deutschen Behörden, so die Kritik, ignorierten die Aktivitäten türkeistämmiger religiöser und nationalistischer Lager und die schnell wachsende Zahl von Koran-kursen, weil sie die deutsche Regierung und die öffentliche Sicherheit nicht beeinträchtigten.<sup>111</sup> Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift Metall, dass es schwierig sei, den »Grauen Wölfen« ihre Aktivitäten nachzuweisen: Einiges an den Vorwürfen gegen die »Grauen Wölfe« würde zwar stimmen, aber vieles andere würde auf Denunziationen von anderen politischen Gruppierungen beruhen.<sup>112</sup> Der 4. Bundeskongress der FIDEF vom 4. bis 5. April 1980 in Frankfurt am Main warf in diesem Sinne den deutschen Behörden, Politikern und demokratischen Parteien

105 Gemeinsam gegen Rechtsradikale, S. 4.

106 Linkes Versagen, in: Spartacus, Juni 1979, Nr. 53, S. 14.

107 Idealisten-Föderation der Grauen Wölfe endlich verbieten, S. 7; Gemeinsam gegen Rechtsradikale, S. 4.

108 Fasistler Türk-Danis Görevlisini Bicakladi, in: Kurtulus, 21.3.1979, Nr. 199, S. 1, TUSTAV-Archive; Hessisches Ministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1979, Wiesbaden 1980, S. 37 f.; Jusos fordern Verbandsverbot, in: Rhein-Main Zeitung, 1.12.1979, S. 52; Terrorüberfall der Grauen Wölfe in Frankfurt, in: Arbeiterkampf, 10.12.1979, Nr. 16, S. 39–40.

109 »Ein Häuflein Demokraten zwischen links und rechts«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.1979, S. 34; Hessisches Ministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1978, S. 32.

110 Idealisten-Föderation der Grauen Wölfe endlich verbieten, S. 7; Gemeinsam gegen Rechtsradikale, S. 4. Dass der Verfassungsschutz 1979 auf die steigende Gefahr durch MHP- und Grauwolf-Verbände aufmerksam machte, wurde in der Zeitschrift Metall positiv aufgenommen. Endlich kapiert, in: Metall, 4.4.1979, Nr. 7, S. 19.

111 Almanya'daki iscilerimiz, in: Milliyet, 13.5.1978, S. 5.

112 Sprengstoff von Rechts, in: Metall, 2.8.1980, Nr. 11, S. 8.

»faschistische Tendenzen« und Untätigkeit gegenüber »faschistischen Organisationen« vor.<sup>113</sup>

Ein Attentat erschütterte die Öffentlichkeit Anfang 1980. Celalettin Kesim, Vertrauensmann der IG Metall und Sekretär des Türkischen Arbeitervereins in Berlin sowie Mitglied der FIDEF, starb am 5. Januar beim Verteilen von Flugblättern durch Messerattacken einer angeblich gemischten nationalistischen Gruppe, die sich anschließend zur Mevlana-Moschee, die der »Türkischen Union in Europa« angehört, begab.<sup>114</sup> Neben den FIDEF-affilierten Vereinen wurde der Aufruf zur Gedenkfeier für den Getöteten von den Jungsozialisten des Landesverbands Berlin sowie der »Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V. – KOMKAR« unterstützt.<sup>115</sup> Eine Woche später schlossen sich rund 12.000 Menschen dem Trauermarsch in Berlin an, um Kesim zu gedenken. Die Berliner Arbeiterkreise von DGB und IG Metall sowie der Vorstand der FIDEF und die Ortsverbände in Berlin wiesen die Verantwortung für die Tat den Sicherheitsbehörden zu und forderten den Innensenator auf, die ADÜTDF in der Bundesrepublik Deutschland zu verbieten.<sup>116</sup> Die IG-Metall-Redaktion widmete die nächste Ausgabe der Zeitschrift Metall der zunehmenden Gewalt mit dem Titel »Terror der Grauen Wölfe«.<sup>117</sup>

Seitdem kam es bis zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 immer wieder zu teilweise tödlichen Übergriffen zwischen nationalistischen und linken Gruppen. Unter den Opfern waren der Leiter des ersten offiziellen MHP-Büros in Kempten sowie Mitglieder der linken und nationalistischen Vereine aus Hamburg, Aachen und Reutlingen.<sup>118</sup> Mit dem Putsch vom 12. September 1980 in der Türkei und dem folgenden Gerichtsfall »MHP und die nationalistischen Organisationen«, der wenige Monate später parallel zu den Klagen gegen die linken Fraktionen eröffnet wurde, gingen die Gewaltvorfälle in der Türkei und in der Bundesrepublik Deutschland deutlich zurück. Die ADÜTDF durchlebte ab 1981 eine turbulente Zeit, in der sie und ihre Funktionäre in der Türkei und in Europa vor Gericht gestellt wurden, sich im Laufe der Zeit islamistische Gruppen von der Organisation abspalteten, viele MHP-Anhänger im Zuge der Rückkehrpolitik in ihre Heimatländer zurückkehrten und die Organisation infolgedessen unter einem Mitgliederschwund litt.<sup>119</sup>

113 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1980, S. 144 f.; Daha yğınsal FIDEF için ileri!, in: Kurtulus, 2.4.1980, Nr. 220, S. 7.

114 Informationsbulletin der FIDEF: C. Kesim mahnt uns. Verbot aller faschistischen Organisationen, Berlin 1981, S. 3.

115 Bundessekretariat der Jungsozialisten, Presseerklärung: Aktivitäten rechtsradikaler Türken nicht weiter verharmlosen, 9.2.1979, AHGR, IGBE-Archiv, 1069A.

116 Aufruf zur Trauerfeier und zur Protestdemonstration vor der Beisetzung am 12.1.1980, Westberlin, AHGR, IGBE-Archiv, 15036; Die Erklärung der IG Metall im DGB-Berlin, 7.1.1980, in: Türkei-Informationen, Gemeinsames Informationsbulletin der FIDEF, Komkar und KDID, o. D., Nr. 4, S. 2; »An der Ermordung von Celallettin Kesim sind die Behörden mitschuldig«, FIDEF-Pressesekretariat, Düsseldorf, 8.1.1980, AHGR, IGBE-Archiv, 15036.

117 Terror der Grauen Wölfe, in: Metall, 23.1.1980, Nr. 2, S. 1.

118 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1980, S. 146. Nachdem im Juni in Reutlingen ein »Grauer Wolf« getötet worden war, beschuldigte sein Verein den DGB, den er als »kommunistische Bande« bezeichnete, der Anstifter des Mordes zu sein. Blut für Blut, Zahn für Zahn, in: Metall, 25.6.1980, Nr. 13, S. 17.

119 Vgl. Özcan, Türkische Immigrantengruppen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 102.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Gewerkschaften, Migrant\*innenorganisationen und einige politische Organisationen wie die Jungsozialisten vor allem seit der Gründung der ADÜTDF 1978 organisiert und kollektiv auf die Organisation der »Grauen Wölfe« reagierten. In den Jahren 1977 und 1978 setzten der DGB und die neu gegründeten linken Migrant\*innendachvereine, die FIDEF und die HDF, einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus, was die Zusammenarbeit erleichterte. Von 1978 bis zum Militärputsch am 12. September 1980 nahmen diese Organisationen gemeinsam an Massendemonstrationen gegen Großveranstaltungen der ADÜTDF teil. Schließlich versuchten die linken Migrant\*innenvereine, ihre Legitimität im Kampf gegen den Rechtsextremismus zu erhöhen. Auf Bundesebene blieben die Arbeitnehmerorganisationen angesichts der Skepsis des DGB-Vorstands gegenüber den linken Migrant\*innenvereinen, insbesondere der FIDEF, distanziert. Auf lokaler Ebene hingegen gab es weiterhin eine Kommunikation zwischen den Ortsvereinen der FIDEF und der HDF und den lokalen Gewerkschaftsgliederungen, auch im Kampf gegen die »Grauen Wölfe«. Wie im Folgenden gezeigt wird, schuf diese Zusammenarbeit nicht nur einen kollektiven Widerstand gegen die »Grauen Wölfe«, sondern brachte auch den türkischen Ultranationalismus in die öffentlichen Nationalismusdebatten der deutschen Gesellschaft ein.

### III. »Graue Wölfe« und die Wahrnehmung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Die Rolle der »Grauen Wölfe« beim Aufstieg der NPD ist vor allem von Journalisten, Migrant\*innenvereinen und Gewerkschaften thematisiert worden. Anfang der 1980er-Jahre wurde in Arbeiten von Journalisten und Historikern wie Jürgen Roth und Michael Opperskalski über Kontakte zwischen NPD und MHP berichtet.<sup>120</sup> Auch die FIDEF beschuldigte in ihren Organisationsblättern die MHP-Führung, mit der NPD zusammenzuarbeiten und beispielsweise an einem NPD-Parteitag in Köln teilgenommen zu haben.<sup>121</sup> Obwohl einige dieser Behauptungen nicht bewiesen werden konnten, wurde ein vermutlich von Alparslan Türkeş verfasster Brief, der sich auf die Zusammenarbeit mit der NPD bezog, in diese Veröffentlichungen aufgenommen. Das Schreiben vom Juli 1977 wurde von dem Türkischen Zentralbüro der DGB-Abteilung für Ausländische Arbeiter übersetzt. Darin rief Türkeş die MHP-Vertretung in der Bundesrepublik auf, sich nach dem Vorbild der NPD zu organisieren: »Dabei müssen unbedingt die Erfahrungen und Arbeitsmethoden der NPD benutzt werden, wie das in einer festgelegten Zusammenarbeit beider Parteien betont wurde.«<sup>122</sup> Es ist nicht bekannt, in welchem Umfang diese Zusammenarbeit

120 Roth, Die »Grauen Wölfe« und ihr »heiliger Krieg«, S. 10–13; Hoffmann/Opperskalski/Solmaz, Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, S. 99 f. Für den aktuellen Stand dieser Kontakte Bozay/Rammerstorfer/Schmidinger u. a., Grauer Wolf im Schafspelz, S. 60 f.

121 Informationsbulletin der FIDEF/KOMKAR/KDID, Zusammenarbeit mit deutschen Neo-Faschisten, FIDEF/KOMKAR/KDID (Hrsg.), Informationen über die Grauen Wölfe in der BRD, o. D., Nr. 3, S. 5, TUSTAV-Archive.

122 Alparslan Türkeş, Vorsitzender der Nationalistischen Bewegungspartei, Brief an den Geschäftsführenden Vorstand der Nationalistischen Bewegungspartei in Deutschland, Ankara, 28.7.1977.

stattgefunden hat, aber aus dem Schreiben geht hervor, dass es Kontakte zwischen den beiden Parteien gab.

Die oben beschriebene Strategie der linken Verbände, die »Grauen Wölfe« und den Neonazismus in den Antifaschismuskampagnen in einen Zusammenhang zu bringen, brachte erstere auf die Tagesordnung der Gewerkschaftsdemonstrationen. Wie bereits erwähnt, nahm die FIDEF 1978 an der DGB-Demonstration gegen Faschismus teil, während die HDF und die FIDEF 1979 gemeinsam mit den Jusos und dem DGB eine weitere Demonstration gegen die »Grauen Wölfe« organisierten. Schließlich ist es wichtig, die Rolle von Gewerkschafter\*innen und Sozialberater\*innen mit Migrationshintergrund bei der Sensibilisierung gegen die »Grauen Wölfe« zu diskutieren, zumal türkeistämmige Gewerkschaftsfunktionär\*innen kritische Positionen in der Verwaltung der Arbeitnehmerorganisationen und in deren Kommunikation einnahmen. Yilmaz Karahasan von der Redaktion der Zeitschrift Metall, Fuat Bultan vom Vorstand der Arbeiterwohlfahrt und andere türkeistämmige Arbeitnehmer\*innen in ähnlich kritischen Positionen trugen dazu bei, diese Organisationen auf die »Grauen Wölfe« aufmerksam zu machen.

Nach der ansteigenden Spannung in Betrieben zwischen türkeistämmigen Arbeitnehmer\*innen sowie Vereinskampagnen und individuellen Bemühungen der Gewerkschafter\*innen fingen die DGB-Gewerkschaften damit an, in ihren Kongressdokumenten eindeutig das Verbot sowohl deutscher als auch türkeistämmiger rechtsextremer Organisationen zu fordern. Der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall (1974) hatte generell vor einer Zusammenarbeit mit »rechts- und linksextremen« Organisationen gewarnt und festgestellt: »Der Rechtsextremismus stellt unverändert eine latente Gefahr dar, konnte aber, zumindest bis zu Beginn des Bundestagswahlkampfes, seine innere Zerrissenheit und Isolierung nicht überwinden.«<sup>123</sup> Während sich der 12. Ordentliche Gewerkschaftstag 1977 nicht mit nationalistischen Organisationen befasste<sup>124</sup>, lenkte der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag 1980 angesichts der drastischen Mobilisierung der »Grauen Wölfe« seine Aufmerksamkeit auf dieses Thema; ein angenommener Antrag verlangte »das Verbot türkischer faschistischer Organisationen wie der Grauen Wölfe (MHP) und faschistischer Propaganda in den Koranschulen«.<sup>125</sup> Auch der 11. Ordentliche Kongress des DGB 1978 hatte einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechtsextremismus gelegt, ohne konkrete Namen zu nennen: »Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen und Aktionen; Verbot neofaschistischer Propagandamaterialien«.<sup>126</sup> Vier Jahre später forderte der 12. Or-

123 11. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Hamburg 1974, E27. Bekämpfung des politischen Extremismus, in: Metall, 14.3.1977, Nr. 5a, S. 18.

124 Vgl. die Anträge 1033–1040, 12. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Düsseldorf 1977, in: Metall, Sonderdruck, 15.7.1977, S. 111 f.

125 Entschlüsse und Anträge, 26. Politischer Extremismus, 13. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Metall, 8.10.1980, Nr. 20, S. 22–23.

126 Angenommener Antrag 36 für den 11. Ordentlichen Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB, Protokoll, 11. Ordentlicher Bundeskongress Hamburg, 21. bis 26. Mai 1978, Lübeck 1978, S. 490.

dentliche DGB-Bundeskongress noch »das Verbot und die Auflösung der Wiking-Jugend und der Grauen Wölfe«. <sup>127</sup>

### Fazit

Die Mobilisierungsphase der Idealistenvereine oder der »Grauen Wölfe« in den 1970er-Jahren war geprägt von offiziellen Parteigliederungen und Tarnorganisationen sowie häufig von nationalistischer Agitation gegen deutsche Gewerkschaften und türkeistämmige linke und gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer\*innen sowie türkeistämmige Arbeitnehmer\*innen in der AWO und dem WDR. Dies führte zu öffentlichem Widerstand und Gegeninitiativen von linken Migrant\*innenvereinen, DGB-Gewerkschaften und Jungsozialisten, die Ende der 1970er-Jahre bei lokalen Protestaktionen zumeist zusammenarbeiteten. Es ist davon auszugehen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und linken Migrant\*innenvereinen weiterentwickelt hätte, wenn die Gewalt zwischen nationalistischen und linken Migrant\*innenorganisationen auch nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ein Thema geblieben wäre.

Türkischstämmige linke Migrant\*innenorganisationen und türkischstämmige Gewerkschaftsfunktionäre setzten sich für ein Verbot der Idealistenvereine ein, auch um sich im gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus weiter zu legitimieren. Ihr Ziel war es, Öffentlichkeit und Politik über die »Grauen Wölfe« aufzuklären. Als Folge dieser Phase begannen die IG Metall und der DGB in ihren programmatischen Positionen die »Grauen Wölfe« und die nationalistischen deutschen Gruppierungen gemeinsam als die wichtigsten rechtsextremistischen Bedrohungen zu betrachten. Mit anderen Worten: Die »Grauen Wölfe« wurden zumindest von den DGB-Gewerkschaften nicht mehr als ein intrinsisches Problem der türkeistämmigen Arbeitnehmer\*innen gesehen, sondern als ein gemeinsames Problem der deutschen Gesellschaft und der Türkeistämmigen in der Bundesrepublik.

---

127 1982 Antrag 37 »Für Verbot faschistischer und neo-faschistischer Organisationen an den 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 1982«, in: *Gerhard Leminsky/Bernd Otto*, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1984, S. 92.